

Anhang

Objekttyp: **Appendix**

Zeitschrift: **Bericht des Regierungsrathes an den Grossen Rath über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ...**

Band (Jahr): - **(1854)**

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Anhang.

Mittheilungen bemerkenswerther Entscheidungen

des

Appellations- und Kassationshofes

und der

Polizeikammer.

I.

Urtheile des Appellations- und Kassationshofes.

1. Pourvoi en cassation formé par le ministère public.

Le 27. Octobre 1853, la Cour d'assises du V. arrondissement (Jura), séant à Delémont, avait à juger un cas d'attentat à la pudeur, crime dont le nommé Jacob Siegfried était accusé.

La parole fut d'abord donnée au substitut du procureur général, qui soutint l'accusation.

M^e. Feune présenta la défense de l'accusé, et conclut à l'acquittement.

Dans sa réplique, le ministère public commença à donner lecture de la déposition écrite d'Elisabeth Lüscher,

à l'effet de relever les contradictions dans lesquelles cette dernière était tombée.

M. Feune, dupliquant, conclut à ce qu'il plaise à la Cour défendre au ministère public la lecture de la déposition dont s'agit.

La Cour d'assises, en ayant délibéré en chambre du conseil, arrêta : Le ministère public ne sera point admis à donner lecture de la déposition écrite d'Elisabeth Lüscher.

Dans sa déclaration de recours en cassation, du 29 Octobre 1853, le ministère public fit valoir que, par le dit arrêt interlocutoire, la liberté de l'accusation avait été entravée, contrairement aux prescriptions de l'art. 418 C. pr. pén.

La Cour d'appel et de cassation, par son arrêt du 22 Janvier 1854, a écarté le pourvoi du ministère public par les motifs suivants :

Considérant :

1) «Qu'une combinaison des dispositions renfermées dans les art. 418, 420 et 433 C. pr. pén., justifie la mesure prise par la Chambre criminelle, mais qu'en revanche, elle fait apparaître comme inadmissible la demande du ministère public, tendante à faire donner lecture du procès-verbal des dépositions du témoin Elisabeth Lüscher;

2) «Que, conformément aux dispositions de l'art. 418 C. p. p., le ministère public, l'accusé et la partie civile peuvent, pendant les débats, faire tenir note des variations qui existent entre la déposition d'un témoin et ses précédentes déclarations; mais que, dans l'espèce, le ministère public n'a point fait usage de ce droit, bien que le président, en procédant à l'interrogatoire du témoin Elisabeth Lüscher, ait relevé d'office les contradictions qui existaient

«entre sa déposition et les déclarations qu'elle avait
«faites pendant l'instruction ;

- 3) «Qu'en conséquence, l'arrêt interlocutoire rendu par
«la Chambre criminelle n'entrave aucunement le droit
«d'accusation, et que partant, le cas prévu par
«l'art. 478 N°. 2 C. pr. pén. n'existe pas en l'espèce.»

2. Revision wegen nachträglicher Entdeckung von Unschuldsindizien.

(Urtheile vom 27. November 1854.)

In der Nacht vom 5. auf den 6. Dezember 1853 wurden dem Johannes Schaller von Dießbach, auf dem Bütti daselbst, aus seinem unverschlossenen Kuhstall 6 Gänse entwendet. Der Damnikat schätzte deren Werth auf Fr. 30. Der Verdacht dieses Diebstahls fiel auf Bendicht Wittwer, Davids sel., von Außerbirrmoos, und Heinrich Müller, Jakobs sel., von Lokwyl, sowie auf den jene Nacht im Stalle des Damnikaten beherbergten Samuel Hauri.

Nach beendigter Untersuchung verurtheilte der Assisenhof des IV. Geschwornenbezirks auf den Wahrspruch der Geschwornen unterm 28. Juli 1854 den Samuel Hauri wegen Diebsgenossenschaft oder wenigstens Gehülfsenschaft, wiederholter Kantonsverweissungsübertretung und Vagantität peinlich zu 2½ Jahren Kettenstrafe und solidarisch mit zwei Mitangeklagten zu Bezahlung der Hälfte der Kosten gegen den Staat. Samuel Hauri reichte hierauf dem Appellations- und Kassationshofe ein vom 29. August 1854 datirtes Revisionsgesuch ein, behauptend: er sei weder der Diebsgenossenschaft noch der Gehülfsenschaft beim fraglichen Diebstahl schuldig. Die Mitangeklagten Bendicht Wittwer von Außerbirrmoos und Heinrich Müller von Lokwyl, haben während der Untersuchung die Thäterschaft abgeleugnet, nun aber haben diese das Geständniß abgelegt, daß sie alleinige Thäter des eingeklagten Diebstahls seien.

Nachdem sich die Möglichkeit der von Hauri zu Unterstützung seines Revisionsgesuches angeführten Thatsachen erblicken ließ, wies der Appellations- und Kassationshof das Untersuchungsrichteramt Büren an, auf Ort und Stelle des fraglichen Diebstahls unter Abhörung der Mitangeklagten Wittwer und Müller einen Augenschein abzuhalten.

Laut dem Augenscheinsprotokoll vom 17. November 1854 deponirten nun die abgehörten Mitangeklagten Wittwer und Müller wesentlich übereinstimmend, daß sie den Gänsediebstahl ohne Mithülfe eines Dritten auf folgende Weise ausgeführt haben: Müller habe ein beim Hause gestandenes Leiterlein behändigt, dasselbe an das Wandtäfel der Vorbühne gestellt, über welches dann Wittwer hinauf und oben durch ein Loch auf den Heustock und von diesem in die Tenne gestiegen sei. Von der Tenne habe eine nur mit einem Riegel versehene Thüre in den Stall geführt, nach deren Oeffnung derselbe in den Stall gedrungen, die vordere Thüre desselben geöffnet und den Müller ebenfalls in den Stall geführt habe. Dort haben sie ein Zündhölzchen angezündet und nach den Gänsen sich umgesehen, wobei sie bemerkt, daß Jemand schlafend im Stroh gelegen. Nach Behändigung der Gänse haben sie sich wieder entfernt.

Durch die Depositionen des Hauseigenthümers Johann Schaller, sowie durch den Augenschein des Richters wird die Möglichkeit zugegeben, daß der fragliche Diebstahl auf die von Wittwer angegebene Weise habe ausgeführt werden können.

Der Appellations- und Kassationshof hat nun
auf den Antrag des Generalprokurators

in Betrachtung:

daß aus der nachträglich vorgenommenen Untersuchung sich Anzeigen erheben, die geeignet sein können, die Unschuld des Gesuchstellers an dem fraglichen Diebstahle wahrscheinlich zu machen,

in Anwendung der Art. 502, Ziff. 2, und 507 St.-B.
erkennt:

- 1) Es ist das Urtheil des Assisenhofes des IV. Bezirks vom 28. Juli 1854, insoweit es den zum Nachtheile des Johann Schaller zu Dießbach verübten Diebstahl betrifft, aufgehoben.
- 2) Die fragliche Strafsache ist zu neuer Beurtheilung dem Assisenhofe des IV. Geschwornenbezirks überwiesen und die Vollziehung des Urtheils bezüglich auf Samuel Hauri einzustellen.

3. Zwei Revisionsgesuche gegen Urtheile des Assisenhofes
abgewiesen.

(Urtheile vom 13. März 1854.)

A. Christian Binggeli wurde unterm 24. September 1853 von den Geschwornen des II. Bezirks schuldig erklärt: der Wittwe Magdalena Thomet in der Dählenweid zu Laupen in ihrem eigenen Gebäude, in der Absicht, sich eine nicht ihm gehörende Sache zuzueignen, Gewalt angethan zu haben, so daß die erlittene Mißhandlung den Tod derselben zur Folge hatte. — Zugleich wurde durch diesen Wahrspruch festgestellt, daß dieses Verbrechen zur Nachtzeit in Gesellschaft mehrerer Genossen stattgefunden und daß für Binggeli keine mildernden Umstände vorhanden seien.

In der daherigen Anklageakte waren Binggeli und Jakob Wenger, Jakobs und der Anna, geb. Wenger Sohn, von Blumenstein, angeklagt worden, der Wittwe Thomet zur Nachtzeit in ihrer eigenen Wohnung und in der Absicht, sich fremde Gegenstände anzueignen, Gewalt in dem Maße angethan zu haben, daß dadurch der Tod derselben herbeigeführt worden. Bei der Fragestellung an die Geschwornen wurden jedoch, trotz dieser Gleichstellung der beiden Hauptangeschuldigten mehrere eventuelle Fragen aufgenommen, von denen

eine namentlich dahin ging: „Ist Jakob Wenger wenigstens des Versuchs eines Diebstahls mit Einbruch in die Wohnung der Wittwe Thomet schuldig?“ Die nämliche Frage wurde auch für den dritten Ungeschuldigten, den nicht eingebrachten Jakob Moser, gestellt.

Infolge dieser Fragestellung wurde Wenger sodann schuldig erklärt: des Versuchs eines Diebstahls mit Einbruch in der Wohnung der Wittwe Thomet, zur Nachtzeit und in Gesellschaft mehrerer Diebsgenossen, und zwar ohne mildernde Umstände. Des nämlichen Verbrechens wurde auch Jakob Moser schuldig erklärt und zwar ebenfalls ohne Annahme von mildernden Umständen.

Außerdem wurde Wenger mehrerer gefährlicher Diebstähle schuldig erklärt, welche jedoch mit dem gegenwärtigen Revisionsgesuche in keinem Zusammenhange stehen.

Der Appellhof verurtheilte hierauf gestützt den Christian Binggeli zum Tode durch das Schwert, den Jakob Wenger zu einer fünfzehnjährigen und den Jakob Moser in contumaciam zu einer fünfjährigen Kettenstrafe.

Binggeli kam nun beim Großen Rathe mit einem Begnadigungsgesuche ein, das von diesem Letztern in seiner Sitzung vom 12. Oktober 1853 abgewiesen wurde.

Tags darauf verlangte der Kettensträfling Jakob Wenger beim Zuchthausverwalter eine Abhörung und deponirte: Er habe am Abend vorher durch Wachtmeister Buchschacher vernommen, daß Binggeli mit seinem Begnadigungsgesuche abgewiesen worden sei, und nun nächstens hingerichtet werden solle, das habe ihn nun die ganze Nacht hindurch geplagt, daß er nicht habe schlafen können und sein Gewissen dränge ihn, eine neue Untersuchung über die Tödtung der Wittwe Thomet zu verlangen, in welcher er die Wahrheit sagen werde. Er habe nämlich niemals glauben können, daß die Sache so weit kommen werde, allein jetzt wolle er nicht, daß ein Anderer für ihn leide, und er erkläre daher frei, unge-

zwungen und ohne Zureden von irgend welcher Seite, daß er der Thäter des an der Wittwe Thomet verübten Verbrechens sei, indem er ihr zwei Streiche mit einem buchenen Scheite versetzt habe. Binggeli und Moser haben jeder nur ein rundes Stück Holz gehabt (Scheiteln von einem alten Wagen), womit die Wunden nicht hätten geschlagen werden können, da selbst die Aerzte erklären, dieselben rühren von einem scharfkantigen Instrumente her. Ueberdies habe er nicht gesehen, daß Binggeli die Frau Thomet angerührt oder auf sie geschlagen hätte. Als sie zum Fenster hineingestiegen gewesen, habe die Thomet mit etwas gegen sie schlagen wollen, worauf er, Wenger, ihr einen Schupf gegeben habe, infolge dessen sie zwischen den Ofen und das Stubenzeit hineingefallen sei. Möglicherweise und wie er vermuthe, habe sie den Kopf an die Kante des Ofens angeschlagen und schon hierbei eine tödtliche Verletzung erhalten, indem sie von da an keinen Laut mehr von sich gegeben habe. Bloß beim Fallen habe sie einen Schrei ausgestoßen. Ob Binggeli sie nachher noch im Finstern geschlagen oder nicht, könne er nicht angeben, glaube es aber nicht, da er nichts davon gehört. Die Aussagen der Tochter Thomet scheinen ihm nicht genau, indem sie behauptet, ihn, Wenger, erkannt zu haben, was nicht möglich gewesen sei, da er mit einem Lumpen den Kopf verhüllt gehabt habe. Auch habe sie gesagt, er habe elbe halbleinene Kleider getragen, während er einen dunkelgrünen Rock und dunkle naturfarbene Hosen gehabt habe.

Auf diese Deposition gründete nun Binggeli ein Revisionsgesuch, das unterm 15. Oktober 1853 dem Appellations- und Kassationshof eingereicht wurde. In diesem Revisionsgesuche bestätigte Binggeli die Angaben des Wenger in allen Theilen, betheuerte seine Unschuld und stellte den Schluß: „Es möchte das vom Assisenhofe des zweiten Bezirks unterm 24. September 1853 ausgefallte Strafurtheil der Revision unterworfen werden.“

Der Appellations- und Kassationshof verlangte hierauf gemäß dem Antrage des Generalprokurators unterm 24. Oktober 1853 folgende Aktenvervollständigungen.

- 1) Es solle der Untersuchungsrichter von Laupen den Sak. Wenger das vor dem Zuchthausverwalter abgelegte Geständniß gerichtlich und zwar so umständlich als immer möglich wiederholen lassen.
- 2) Ueber die Art und Weise, wie Wenger dazu gekommen, dieses Geständniß abzulegen, seien die erforderlichen Informationen aufzunehmen, worüber namentlich der Wachtmeister Buchschacher, welcher demselben die Abweisung des Begnadigungsgesuches des Binggeli mitgetheilt, sowie der Zuchthausverwalter und möglicherweise auch der Zuchthausprediger Auskunft geben könnten.
- 3) Sodann sei die Tochter Thomet nochmals und mit Rücksicht auf die neuen Geständnisse einzuvernehmen.
- 4) Endlich sei Binggeli über den ganzen Hergang der Sache zu verhören, namentlich zum Zwecke der Ermittlung, ob seine Aussagen mit den Geständnissen des Wenger in allen Punkten genau übereinstimmen.
- 5) Einem freilich unverbürgten Gerüchte zufolge solle der dritte Complice, Moser, sich als Soldat in neapolitanischen Diensten befinden. Ueber die Begründtheit dieses Gerüchtes wären Erkundigungen einzuziehen.

In der hierauf aufgenommenen Untersuchung deponirte Herr Zuchthausverwalter Neufomm: Am Tage, nachdem Wenger und Binggeli verurtheilt worden, habe letzterer verlangt, mit ihm zu sprechen, und ihm hierauf betheuert, er sei niemals in das Zimmer der Frau Thomet eingestiegen. Sonntags darauf habe der Justizdirektor mit Wenger zu sprechen verlangt und demselben ernstlich zugeredet, wenn er vielleicht vor den Geschwornen nicht ganz die Wahrheit in Betreff der in der Dählenweid verübten Tödtung gesprochen haben sollte, so möchte er es jetzt noch thun. Hiebei habe

er den Wenger auf das Jenseits aufmerksam gemacht. Dieser habe mit lächelndem Munde erwidert, er habe nichts mehr zu sagen. Herr Neukomm habe hierauf dem Wenger bemerkt, der dritte complice, Moser, könnte vielleicht noch eingebracht werden und dann durch seine Aussagen beweisen, daß dem Binggeli keine so große Schuld auffalle, in diesem Falle könnten für ihn, Wenger, schon zeitliche Uebel entstehen. Wenger habe hierauf nichts erwidert, sondern habe in seinem Lächeln fortgefahren.

Später habe Wenger, wie er behaupte, von Wachtmeister Buchschacher vernommen, daß Binggeli nicht begnadigt worden sei, und Tags darauf eine Abhörung verlangt und in derselben die erwähnten Geständnisse abgelegt. Wenger sei hierbei dringendst ermahnt worden, nur die reine Wahrheit zu sagen.

Wachtmeister Buchschacher deponirte: Am Abend, an welchem der Große Rath das Begnadigungsgesuch des Binggeli abgewiesen, sei er in das Zimmer, in welchem Wenger enthalten sei, getreten und habe dem Wenger von hinten auf die Schulter geklopft und gesagt: „Am Samstag wird de dem „Binggeli der Chopf abe g'macht, wenn's nüt anders git bis „denn, umme daß er's denn noch wüssi.“ Wenger habe nichts geantwortet und er habe sich wieder entfernt.

Herr Zuchthausprediger Holz deponirte: Nachdem Wenger beim Zuchthausverwalter das Geständniß abgelegt, habe er auch mit ihm zu sprechen verlangt. Früher habe er den Wenger mit Fleiß nicht besucht gehabt. Wenger habe ihm nun sogleich und ohne irgend welches Zureden gesagt, er habe der Frau mit einer Scheie zwei Streiche versetzt und als sie noch nicht stille gewesen sei, sie gegen den Ofen geworfen. Binggeli habe nichts weiter gethan, als eine Scheie gegen die Tochter Thomet geworfen und damit das Licht gelöscht. Letztere habe im Schrecken und in der Finsterniß nicht Alles genau wahrgenommen. So habe die Thomet behauptet, er, Wenger, habe eine Blouse getragen, während

Binggeli eine solche gehabt. Binggeli habe ihm, Herrn Molz, öfters unter Betheuerung seiner Schuldlosigkeit versichert, er sei nie in der Stube der Frau Thomet gewesen. Wenger und Moser hätten ihn zwar, als sich drinnen Jemand mit einer Heugabel gewehrt, hineinstoßen wollen, allein er habe sich erwehren können, worauf Wenger hineingesprungen sei. Er habe sodann gegen das Laternlein, welches die Tochter getragen, zwei Scheien geworfen und es so gelöscht.

Wenger deponirte: Als er, Binggeli und Moser zu dem Hause gekommen, habe er das Eckfenster aufgemacht, worauf sogleich eine Frau mit einer Waffe gekommen sei. Er habe ihr diese mit einem Holzstücke aus den Händen zu schlagen gesucht, was ihm jedoch nicht gelungen sei. Binggeli habe ihm hierauf das Holzstück aus der Hand genommen und es hineingeworfen und sei selbst eingestiegen. Er, Wenger, sei ihm gefolgt; das Licht, mit dem eine Person aus dem Nebenzimmer herübergekommen, sei verschwunden gewesen und er habe aus einem Schranke, in welchem sich nach Binggeli's Aussagen hätte Geld finden sollen, Zeug herausgenommen. Er habe dem Binggeli nun mitgetheilt, daß er kein Geld finden könne, worauf derselbe die Frau gefragt habe: „Frau wo hest d's Geld, süsch will i dir der Marsch mache.“ Sie habe nichts geantwortet und er habe zu suchen fortgefahren, bis der Schrank beinahe umgefallen wäre. Im nämlichen Augenblicke habe er einen Tätzsch gehört, auf welchen hin die Frau heftig geschrieen. Er habe hierauf noch das Bett durchsucht und sich dann, da der draußen stehende Moser gerufen, es kommen Leute, nebst Binggeli wieder zum Fenster hinaus begeben. Letzterer sei nach ihm hinausgestiegen.

Diese Angaben stimmten im Wesentlichen überein mit den in der Voruntersuchung und vor den Geschwornen von Wenger abgegebenen Erklärungen. Derselbe behauptete, diese und nicht sein beim Zuchthausverwalter abgelegtes Geständniß, enthalten die reine Wahrheit. Er sei dazu dadurch veranlaßt worden, daß man ihm im Zuchthause immer gesagt

habe, er wäre so viel schuldig als Binggeli und hätte eben so gut den Tod verdient. Ueberhaupt haben ihn namentlich die beiden Rufer eujonirt und geplagt und ihn bei den Zuchtmeistern verleumdet, die ihnen zum Theil Glauben geschenkt haben. Dieselben haben auch behauptet, der Regierungsstatthalter von Laupen habe ihm Schnaps gegeben, damit er auf sie drücke. Dieß sei aber durchaus nicht wahr. Am Tage als Binggeli's Begnadigungsgesuch abgewiesen worden, habe ihn Zuchtmeister Sommer sehr geplagt; er habe ein schweres Rad drehen müssen, wobei ihm übel geworden sei, so daß er in das Rad gefallen und sich ein Loch in den Kopf geschlagen habe. Wachtmeister Buchschacher habe ihm dann den Abweisungsbefehl des Großen Rathes über Binggeli's Begnadigungsgesuch mitgetheilt und gesagt, es sei doch verflucht, daß das Gericht den Einen zum Tode verurtheilt habe, während man nicht wisse, welcher von Beiden den Mord begangen. Er habe sich an jenem Tage „aufslitschen“ wollen, und er verlange hingerichtet zu werden, sonst bringe er sich selbst um's Leben, weil er lieber sterben wolle, als so geplagt sein. Dieses Verfahren und diese Zureden haben ihn dann zu dem unrichtigen Geständnisse veranlaßt.

Binggeli deponirte: Wenger habe zuerst das Fenster weggehoben und habe einsteigen wollen, allein die Frau Thomet habe ihn daran verhindert. Wenger und Moser haben nun ihn, Binggeli, hineinstoßen wollen, allein er habe sich erwehren können. Hierauf sei Wenger mit einer Scheie bewaffnet hineingesprungen und habe der Frau ihre Gabel entwunden, und sie zugleich gegen den Ofen gestoßen. Unterdessen habe er dem mit einem Licht herbeigeeilten Mädchen durch Hineinwerfen von Holzstücken das Licht aus der Hand schlagen wollen, Wenger habe dann aber mit einem Schlag dasselbe gelöscht. Hineingestiegen sei er nie, habe aber noch gehört, daß Wenger mit der Frau „ein Gefecht habe“ und daß dieselbe schreie. Es habe dann bald Lärm gegeben, und Wenger sei zurückgekommen mit der Erklärung, daß er

nichts gefunden. Später, auf dem Wege, habe Wenger erzählt, der Schrank wäre beinahe umgefallen, und Moser habe ihm gesagt, er habe es doch der Frau zu gut gemacht, was Wenger verneint habe. Zu den in der Voruntersuchung abgelegten Geständnissen sei er theils durch Drohungen des Regierungsstatthalters gebracht worden, theils dadurch, daß ihm dieser Wein und Schnaps vor den Verhören habe zukommen lassen.

Diese Angaben stehen im Widerspruche mit den von Binggeli in der Voruntersuchung abgelegten Geständnissen. Hier hatte er nämlich zugestanden, daß er in das Zimmer eingestiegen sei, als Wenger sich in demselben befunden. Derselbe habe die Frau gegen den Ofen gestoßen und ihr Streiche versetzt, jedoch sei sie nicht todt gewesen. Er, Binggeli, habe sie dann auf den Ofen gesetzt und festgehalten, während Wenger den Schrank durchsucht. Als sie sich entfernt, sei die Thomet noch immer auf dem Ofen gesessen, sei dann aber heruntergefallen und habe sich wohl hierbei tödtliche Verletzungen zugezogen.

Ebenso sehr widersprechen dieselben den Angaben der Tochter Thomet; dieselbe bestätigte nämlich in allen Theilen ihre bei der Hauptverhandlung eidlich beschworenen Angaben und behauptete: Als sie mit dem Lichte gekommen sei, haben sich Wenger und Binggeli bereits im Zimmer befunden; den letztern habe sie noch besser gesehen und erkannt als den erstern. Binggeli habe weißgraue Hosen und ein Burgunderhemd, Wenger elbe Hosen und einen elben Rock gehabt. Den Binggeli einzig habe sie mit etwas gegen ihre Mutter schlagen sehen, nicht aber den Wenger, der seitwärts gestanden sei und den Nacken eingezogen habe, um nicht erkannt zu werden. Sie habe sich aber gleichwohl die Gesichtszüge desselben so gut merken können, daß sie ihn später mit Leichtigkeit wieder erkannt habe.

Die Eltern des Moser, welche über den Aufenthaltsort ihres Sohnes einvernommen wurden, erklärten, man habe

ihnen gerüchtsweise mitgetheilt, derselbe solle sich in Neapel befinden.

Von Seiten des Regierungsrathes wurde hierauf eine genaue Personalbeschreibung des Moser an das Kommando des vierten Schweizerregiments in Neapel versendet und dasselbe ersucht, genaue Nachforschungen nach demselben zu halten. Es fand sich aber weder bei dem vierten Regimente noch bei den andern Schweizertruppen ein Individuum vor, auf welches jene Beschreibung gepaßt hätte.

Der Generalprokurator stellte unterm 6. März 1854 die Schlüsse:

- 1) Christian Binggeli sei mit seinem Revisionsgesuche d.d. 15. Weinmonat 1853 abzuweisen und zu Bezahlung der durch dasselbe veranlaßten Kosten zu verurtheilen.
- 2) Der daherige Entscheid mit den darauf bezüglichen Akten sei dem Regierungsrathe mitzutheilen.

Der Appellations- und Kassationshof hat nun
in Betrachtung:

- 1) Daß Jakob Wenger die von ihm über den Hergang der an Wittwe Thomet verübten Mißhandlung nachträglich dem Zuchthausdirektor gemachten Angaben, wonach er und nicht Christian Binggeli der Frau Thomet den tödtlichen Streich versetzt hätte, in einem spätern Verhöre vor dem Untersuchungsrichter in ihren wesentlichen Punkten widerrufen und auf glaubwürdige Weise die Gründe dargethan hat, die ihn zu jener Selbstanklage veranlaßt haben mögen.
- 2) Daß somit das ganze Fundament, auf welches Christian Binggeli sein Revisionsgesuch gegründet hat, sich nach dem Resultate der vorgenommenen Aktenvervollständigungen als unhaltbar darstellt und durch die nachträgliche Untersuchung auch sonst keine neuen Anzeigen zu Tage gefördert worden sind, aus denen die Unschuld

des Angeklagten an dem ihm durch den Wahrspruch der Geschwornen zur Last gelegten Verbrechen erwiesen werden könnte (Art. 501, Nro. 3);

erkennt:

- 1) Christian Binggeli ist mit seinem Revisionsgesuche vom 15. Weinmonat 1853 abgewiesen und zu Bezahlung der durch dasselbe veranlaßten Kosten verurtheilt.
- 2) Dieses Urtheil sowie die sachbezüglichen Akten sind dem Regierungsrathe mitzutheilen.

B. Johannes Binggeli und Jakob Reber wurden unterm 13. Januar 1854 von den Geschwornen des ersten Bezirks schuldig erklärt: einen Raub zum Nachtheil des Ehr. Rüedi, gew. Knecht in der Wyden zu Worb verübt zu haben, der zugleich mit einer solchen Mißhandlung verbunden war, daß dadurch der Tod des Beraubten erfolgte. Durch den Wahrspruch wurde ferner angenommen, daß diese Mißhandlung mit tödtlichen Werkzeugen, jedoch ohne die Absicht zu tödten, aber in derjenigen, den Rüedi seiner Uhr nebst Kette, seines Regenschirmes und seines Geldes zu berauben, vorgenommen worden sei, und zwar zur Nachtzeit und in Gesellschaft mehrerer Raubgenossen. Ganz der nämliche Wahrspruch wurde auch ausgefällt in Betreff des in die gleiche Untersuchung verflochtenen Johannes Dättwyler von Wittwyl. Für keinen dieser drei Angeschuldigten wurden mildernde Umstände angenommen.

Der Assisenhof verurtheilte am nämlichen Tage gestützt auf diesen Wahrspruch den Jakob Reber, sowie den Joh. Binggeli zur Todesstrafe, den Johannes Dättwyler dagegen zu einer fünfzehnjährigen Kettenstrafe.

Unterm 6. Februar 1853 verlangte Jakob Reber bei der Centralpolizei eine Abhörung und deponirte: Der mit ihm zum Tode verurtheilte Johannes Binggeli sei an der Tödtung

des Rüedi durchaus unschuldig, indem er dem Rüedi gar keine Streiche versetzt habe. Dättwyler und er, Reber, seien nämlich zu Schloßwyl in der nämlichen Gefangenschaft enthalten gewesen und hier habe ihm derselbe den Vorschlag gemacht, er solle, um sie beide zu retten, durch seine Aussagen dem Binggeli die Urhebererschaft der Tödtung aufbürden. Da ihm Dättwyler versprochen, ihm, wenn er dieß thue, eine Summe von Fr. 800, die er zu Latour im Kanton Neuenburg verborgen habe, zu geben, so habe er auch den Dättwyler auf Unkosten des Binggeli aus der Sache zu ziehen gesucht. Da nun aber der Letztere zum Tode verurtheilt worden sei, so wolle er nicht, daß derselbe die Todesstrafe unschuldig erleide. Er, Reber, habe dem Rüedi den ersten Streich versetzt und Dättwyler, da er gesehen, daß er noch nicht todt sei, habe ihm noch mehrere Stockstreiche auf den Kopf versetzt, die den Tod des Gemißhandelten zur Folge gehabt haben. Dättwyler habe hierauf die Uhr, Binggeli den Regenschirm behändigt, sonst habe der Letztere gar nichts gemacht. Diese Angabe behauptete Reber aus eigenem Antriebe zu machen. Er fügte ferner bei, daß er in Schloßwyl nur einmal abgehört worden sei und verlangte schließlich eine neue Untersuchung.

Binggeli bestätigte diese Aussagen, die ihm mitgetheilt wurden, in allen Theilen und behauptete, er habe nichts gethan, als den Regenschirm aufgelesen, der einige Schritte von Rüedi auf dem Boden gelegen sei. Diesen habe Dättwyler reklamirt und er habe ihm denselben gegeben. Streiche habe er durchaus keine geführt. Gestützt auf diese Aussagen verlangte Binggeli gleichfalls eine neue Untersuchung.

Aus den Untersuchungsakten ergibt es sich nun aber, daß Reber in der Voruntersuchung keineswegs die ganze Hauptschuld auf Binggeli zu werfen gesucht hatte, sondern daß er eben so gravirende Aussagen gegen Dättwyler machte. Jeder der drei Angeschuldigten gestand nämlich nur die Entwendung des einen oder andern Gegenstandes zu, während

er je die beiden andern der Mißhandlung des Getödteten bezüchtigte und selbst keine Streiche geführt haben will. Dagegen beschuldigten die übrigen wegen Gehülfsenschaft verurtheilten Personen Gottlieb Schneider, Verena Zurflüh, geb. Loosli und Rosina Hirsig den Reber und den Binggeli, daß sie vorzugsweise die Urheber der Tödtung gewesen seien. Namentlich deponirte Schneider: Binggeli selbst habe ihm während ihrer Haft in Thun mitgetheilt, daß er dem Burschen den letzten Streich versetzt habe. Endlich geht aus den Untersuchungsakten hervor, daß sowohl Reber als Binggeli im Laufe der Voruntersuchung zu Schloßwyl mehrmals einvernommen worden waren.

Der Generalprokurator stellte unterm 6. März 1854 den Antrag: Es seien Jakob Reber und Johannes Binggeli mit ihrem Revisionsgesuche abzuweisen und zu Bezahlung der durch dasselbe veranlaßten Kosten zu verurtheilen.

Der Appellations- und Kassationshof hat nun

in Betrachtung:

daß die nachträglich von Jakob Reber vor der Centralpolizei gemachten neuen Aussagen nicht geeignet sind, das Revisionsgesuch der Petenten irgendwie zu rechtfertigen, indem sich keine neuen Anzeigen ergeben haben, aus denen die Unschuld der beiden Angeklagten erwiesen werden könnte (Art. 501 Nro. 3);

erkennt:

Jakob Reber und Johannes Binggeli sind mit ihrem Revisionsgesuche abgewiesen und zu Bezahlung der durch dasselbe veranlaßten Kosten verurtheilt.

Bemerkung. Die hievor angeführten zwei Revisionsgesuche hatten zur Folge, daß in der neuen Ausgabe des Strafprozeßverfahrens der Artikel, betreffend die Revision modifizirt wurde. (Vergl. Art. 501 des ältern Strafverfahrens mit Art. 502 desjenigen von 1854.)

II.

Urtheile der Polizeikammer.

B e t r u g.

(Gesetz vom 26. Mai 1848).

Appellation der Civilpartei gegen ein freisprechendes Urtheil.

Infolge Kaufvertrages vom 22. April 1851 verkaufte Bendicht Schürch in der Rutschweid bei Heimiswyl dem Jakob Maibach von Dürrenroth, wohnhaft zu Hinterrothenbaum, Gemeinde Heimiswyl, ein Heimwesen zu Rothenbaum, bestehend in Gebäuden, Ackerland und Waldung um den Kaufpreis von Fr. 10,125 a. W. Auf Rechnung dieser Kaufsumme wurden dem Käufer unterpfändliche Schulden überbunden im Betrage von Fr. 5696. 70 a. W. und für die Restanz von Fr. 4428. 30 a. W. das Unterpfandsrecht auf dem verkauften Heimwesen vorbehalten.

Da Maibach anfang, das Unterpfand bedeutend zu schwächen und die Zinse des ihm überbundenen Kapitals nicht bezahlte, geschweige denn die Kapitalien selbst, so nahm Schürch gegen ihn eine richterliche provisorische Verfügung heraus, wodurch dem Schuldner jeder fernere Holzschlag, sowie der Verkauf und die Ausfuhr des bereits geschlagenen Holzes ohne Einwilligung des Pfandgläubigers Schürch unter Androhung einer Buße von Fr. 100 oder 10—30 Tagen Gefangenschaft, sowie des Schadenersatzes, verboten wurde. Dessen ungeachtet ließ Maibach am 24. Dezember 1852 eine Anzahl Buchen und Tannen (52) schlagen und fing sogar an, in der Hofstatt selbst Obstbäume zu fällen.

Gestützt auf diese Thatsachen reichte Schürch den 6. Dez. 1852 dem Regierungsstatthalteramte Burgdorf eine Anzeige ein, und verlangte Verurtheilung des Maibach zur Strafe und Entschädigung. Am folgenden Tage reichte er eine neue Anzeige woraus sich ergab, daß Maibach trotz des Verbotes mit den Holzschlägen fortfahre und das geschlagene Holz wegführe.

Der Gerichtspräsident von Burgdorf ließ hierauf den Maibach und seine Ehefrau verhaften und zu Verhütung von fernerm Schaden das Vermögen derselben inventarisiren und bestellte darüber einen Hüter.

Maibach rief nun am 10. Dezember 1853 die Güterabtretung an, worauf er der Haft entlassen wurde.

Den 28. und 23. Dezember haben auch der Gemeinderath von Heimiswyl, der Massaverwalter in der Güterabtretung des Maibach und Unterweibel Schertenleib zu Heimiswyl gegen Maibach und Mithafte Anzeigen auf Vermögensverschleppung eingereicht, in denen sie auf Untersuchung und Bestrafung drangen.

Johann Lüdi, Wirth im Kaltacker zu Heimiswyl, beklagte sich in einer Anzeige vom 10. Jenner 1853, er habe von Maibach 12 $\frac{1}{2}$ Klafter Heu gekauft und darauf hin Fr. 5 bezahlt. Da er es jedoch nicht sofort habe abführen können, so habe er es mit Einwilligung des Maibach auf dessen Bühne liegen lassen. Nun habe aber trotz der Verhaftung der Eheleute Maibach und trotz der Bestellung eines Hüters, Wirth Klay und Schmid Leuenberger zu Dürrenroth dieses Heu als vorgebliche Käufer desselben weggeführt.

In der Untersuchung gab der Ehemann Maibach die in den Anzeigen des Schürch enthaltenen Thatsachen zu, suchte jedoch die Schuld des Geschehenen auf seine Frau zu schieben, welche die Holzschläge, besonders diejenigen in der Hofstatt, anbefohlen habe.

Die Ehefrau Maibach erklärte von der provisorischen Verfügung nichts gewußt zu haben. Den Männern von Dürrenroth, nämlich Schmied Leuenberger und Wirth Klay sei verkauft worden: circa 10 Klafter Heu und 3 Klafter Emd à Ern. 10 das Klafter, zwei Kühe, deren Preis nicht bestimmt worden, und einige Fleckentannen, diese jedoch vor Anlegung des Verbots. Der Erlös habe zu Bezahlung von Zinsen und Kosten verwendet werden sollen und nachdem

dieselbe geschehen, sei in ihrem Auftrage kein Holz mehr geschlagen worden, möglich sei es indessen, daß ihre Söhne und Peter Zaugg gleichwohl noch Bäume im Walde umgehauen haben. Sie habe nicht geglaubt etwas Unrechtes zu thun, wenn doch der Erlös zu Bezahlung von Schulden verwendet worden, übrigens hätten die Männer von Dürrenroth dieses kennen und sie warnen sollen. Diese Letztern haben ihr gesagt, man solle ihnen die Gegenstände um Fr. 500 überlassen, und ihr dafür Unterstützung versprochen, aber nicht gehalten.

Johannes Leuenberger gab zu, dem Maibach sein Heu, seine Viehwaare, seine Obstbäume und einige Buchen um den Preis von Fr. 500 abgekauft zu haben, und zwar infolge Kaufvertrages vom 3. Dezember 1853. Auf die Frage, wie er und Wirth Klay den Kaufpreis bezahlt hätten, verweigerte er die Antwort und erklärte, die Hauptsache sei, daß im Kaufvertrage quittirt und der Kaufpreis bezahlt sei; wie er bezahlt worden, werde Niemanden etwas angehen.

Die nämlichen Angaben machte Wirth Klay.

Die Söhne Christian und Johannes Maibach erklärten, den Holzschlag im Auftrag der Mutter gemacht zu haben; es seien 18 à 19 Obstbäume umgehauen worden.

Nach Vollführung der Güterabtretung stellte sich ein Defizit heraus von Fr. 5032. 31. Auf dieses war der Kaufvertrag nicht ohne bedeutenden Einfluß, indem sich herausstellte, daß der Werth der verkauften Gegenstände Fr. 547 a. W. oder Fr. 781. 42 n. W. betrug, der Kaufpreis dagegen nur Fr. 500, mithin zu wenig Fr. 281. 42 n. W., ferner daß von dem Kaufpreis, für den Klay und Leuenberger sich den ganzen Betrag hatten quittiren lassen, nur Fr. 416. 11 bezahlt worden waren.

Bei der Hauptverhandlung verlangte die Civilpartei Nichtigenerklärung des Kaufvertrages vom 3. Dezember 1852 und Verurtheilung der Eheleute Maibach, so wie von Klay und Leuenberger zum Schadenersatz und zu den Kosten.

Das Amtsgericht von Burgdorf fällte sodann am 4. November 1853 nach dem Antrage des Bezirksprokurators folgendes Urtheil aus:

- 1) Jakob Maibach hat sich eines Betruges gegen seine Gläubiger schuldig gemacht;
- 2) die Ehefrau Maibach hat sich der Hülfeleistung schuldig gemacht;
- 3) demzufolge ist der Ehemann Maibach zu einer Einsperrung von 4 Monaten und die Ehefrau Maibach zu einer solchen von 2 Monaten verfällt.

Dagegen wurden Johann Leuenberger und Jakob Klay von der Anklage auf Hülfeleistung freigesprochen.

Der Kaufvertrag vom 3. Dezember 1852 wurde aufgehoben und endlich wurden alle vier Angeschuldigten in solidum zu Bezahlung der Kosten gegenüber dem Staat und der Civilpartei verurtheilt.

Gegen dieses Urtheil erklärte die Civilpartei die Appellation.

Die Polizeikammer hat nun am 12. April 1854,

in B e t r a c h t u n g :

- 1) daß weder von Seite der Angeschuldigten noch von Seite der Staatsanwaltschaft gegen das erstinstanzliche Urtheil die Appellation erklärt worden ist;
- 2) daß dasselbe somit, soweit es den Strafpunkt anbelangt, in Rechtskraft erwachsen ist;
- 3) daß dagegen die Civilpartei rücksichtlich ihrer Civilinteressen appellirt hat und ihre Appellation unabhängig ist von derjenigen des Staatsanwaltes und des Angeschuldigten (Art. 451 St. B.);
- 4) daß daher in oberer Instanz über die Civilfolgen auch gegenüber den erstinstanzlich freigesprochenen Angeschuldigten Klay und Leuenberger entschieden werden kann;
- 5) in Betrachtung ferner, daß das Heimwesen des Maibach zu Rothenbaum laut Kadaster geschätzt ist für

Liv. 7000 alte oder neue Währung . Fr. 10,144. 90

daß Maibach dasselbe hingegen Anno

1851 gekauft hat für Liv. 10,125

alte oder neue Währung . „ 14,673. 90

mithin über die Kadastereschätzung . Fr. 4,528. 97

- 6) daß ihm für diese volle Kauffsumme Schulden überbunden wurden, für welche das Pfandrecht vorbehalten worden ist, und daß Maibach seither nicht nur nichts an den schuldigen Kapitalien, sondern nicht einmal die Zinse von denselben bezahlt hat;
- 7) daß Maibach mithin wissen mußte, daß er unter seinen Sachen war, als er von verschiedenen Seiten her rechtlich betrieben wurde, und nicht im Stande war, seine Gläubiger zu befriedigen;
- 8) daß er unter diesen Umständen statt die Güterabtretung anzurufen, den Wald schlagen, die Fruchtbäume in der Hofstatt und auf dem Gute herum umhauen und alles Holz forttransportiren ließ; daß er ferner sämtliches Futter, Vieh, Gewächs, Stroh, überhaupt alle beweglichen Sachen, mit Ausnahme einigen Hausrathes, unter dem wahren Werthe veräußerte und theilweise für den Gegenwerth quittirt, ohne denselben erhalten zu haben;
- 9) daß zwar die Ehefrau Maibach mit ihren Rathgebern bei allen diesen Handlungen die Hauptrolle spielte, dieselben vornahm und sodann von dem Ehemann genehmigen ließ;
- 10) daß die Eheleute Maibach mit solchen Handlungen fortfuhren, selbst nachdem ein richterliches Verbot dagegen ausgewirkt und dem Ehemann Maibach notifizirt worden war;
- 11) daß die Mitangeschuldigten Schmied Leuenberger und Wirth Klay, welche sämtliches Futter, Viehwaare, Kirsch- und Obstbäume und Buchen für Fr. 500 kauften,

sich gleich beim Abschlusse und der Unterschreibung des Kaufes vom 3. Dezember 1852 quittiren ließen, obgleich diese unter dem wahren Werth gestellte Summe noch jetzt nicht ganz ausbezahlt ist;

12) Daß ihre angebliche Unbekanntschaft mit dem Vermögenszustand des Maibach unglaublich ist, vielmehr angenommen werden muß, daß sie demselben wissentlich zu betrügerischen Handlungen Hülfe geleistet haben (Art. 4 des Gesetzes vom 26. Mai 1848);

13) Daß Maibach den 10. Dezember 1852 die Güterabtretung erklärt, in welcher laut dem in Kraft getretenen Klassifikations- und Vertheilungsentwürfe eine Summe von Fr. 5032. 51 zur Geduld gewiesen worden;

In Anwendung der §§. 1, 2, 3 und 4 des Gesetzes vom 26. Mai 1848,

erkennt:

1) Die Eheleute Maibach sind zum Grundsätze der Entschädigung verurtheilt gegenüber der Civilpartei Bändicht Schürch.

2) Der Kaufvertrag vom 3. Dezember 1852 ist aufgehoben, jedoch sollen sich die Käufer die an die Herren Fürsprecher Morgenthaler und Rechtsagent Uebi bezahlten Summen anrechnen lassen dürfen.

3) Sämmtliche vier Angeschuldigte, nämlich die Eheleute Maibach, Schmied Leuenberger und Wirth Klay, sind solidarisch für den Schaden verhaftet, welcher der Civilpartei aus der Abschließung dieses Vertrages entstanden ist, soweit derselbe durch dessen Aufhebung noch nicht gedeckt ist.

4) Die Kosten der Civilpartei, welche durch die dahin gefallene Erscheinung vom 18. März verursacht worden sind, trägt der Staat; sie sind bestimmt auf Fr. 30.

5) Die übrigen erstinstanzlichen Kosten sind sämmtlichen vier Angeschuldigten in solidum auferlegt und zwar so-

wohl diejenigen der Civilparthei als diejenigen des Staates. Ebenso sind die erstinstanzlichen Kosten ihnen auferlegt. Diejenigen der Civilparthei in erster Instanz sind bestimmt auf Fr. 36. 85, die oberinstanzlichen auf Fr. 40, diejenigen des Staates in erster Instanz auf Fr. 136. 98, die oberinstanzlichen auf Fr. 57. 70.

B e t r u g.

(Anwendung des Art. 2 des Gesetzes vom 27. Juni 1803.)

Einem Urtheile der Polizeikammer vom 11. März 1854, betreffend die Angeschuldigten Räk, Vater und Sohn, wegen Betruges, entnehmen wir folgende

B e t r a c h t u n g s g r ü n d e :

- 1) Daß der Thatbestand eines zum Nachtheil des Herrn Friedrich Kohler, gewesener Salzhandlungsverwalter in Bern, begangenen Betruges mittelst Einführung bei Abschließung eines Darlehensvertrages im Betrag von Fr. 2000 durch wesentlich unrichtige Angaben hergestellt ist;
- 2) Daß Johann Räk, Sohn, der Thäterschaft desselben unzweideutig überwiesen und desselben auch geständig ist, indem er:
 - a. Durch Kaufvertrag vom 10. April 1850 mit Händen seines außerordentlichen Beistandes, Urs Schwab, von seinem Vater Hans Räk den zirka $\frac{3}{4}$ Tuchar-ten haltenden Höheacker auf dem Außerfeld zu Leuzigen für Ern. 270 erkaufte.
 - b. Am gleichen Tage bei der Abtretung eines Theils der dahерigen Kauffumme an Johann Kaiser, Krämer im Stöck zu Leuzigen, von Ern. 230 laut dem Beglobungsverbal mitverhandelte und zudem am 26. Juni 1852 dem Vater Hans Räk seine erstinstanzliche Forderung von Ern. 40 ausbezahlte, sonach wissen mußte und auch wußte, wem er den

übrigen Theil der Kauffsumme zu bezahlen und zu verzinßen habe;

- c. Durch Liegenschaftsbeschreibung vom 10. November und Pfandobligation vom 8. December, beides 1852, dem Herrn Friedrich Kohler für ein Darlehen von Fr. 2000, — zwei so zu sagen werthlose Gebäude nebst zirka $1\frac{1}{2}$ Sucharten Höheacker, worunter der obenbezeichnete, zirka $\frac{3}{4}$ Sucharten haltende Höheacker begriffen ist, verpfändete.
- d. In den daherigen Stipulationen offenbar falsche Angaben machte, indem er wider sein besseres Wissen vorgab, sein Vater Hans Rätz sei noch Gläubiger der auf der Hälfte Höheacker haftenden Kauffsumme von Ern. 270, und diesen bestimmte, dafür eine Nachgangserklärung gegenüber dem aufzubrechenden Darlehen auszustellen, die denn auch am 19. November 1852 zu Stande kam.
- e. nach der Errichtung der Pfandobligation und nachdem ihm das Darlehn von Fr. 2000 ausbezahlt worden, die für den Schätzungswerth von Fr. 1700 alte Währung verpfändeten zwei Gebäude niederriß und das Material davon verkaufte, ohne den Herrn Kohler, seinen Gläubiger, etwas davon wissen zu lassen;
- f. Durch Kaufverträge vom 19. und 24. Nov. 1853 den Höheacker zur einen Hälfte dem Stephan Kaiser und zur andern Hälfte dem Samuel Kaiser veräußerte und im Kauf mit dem letztern verschwieg, daß der Kaufgegenstand gegenüber Herrn Kohler verhaftet sei, dagegen aber den Käufer anwies, die Verhaftungen gegen Johann Kaiser, Krämer im Stock zu Leuzigen, mit Kapital und Zins von Fr. 771. 34 zu bezahlen.

- 3) Daß Herr Kohler durch alle diese wohlausgedachten und überlegten Handlungen des Sohnes Räh von dem größern Theil seiner unterpfändlichen Sicherheit verdrängt werden sollte und theilweise bereits verdrängt worden ist;
- 4) Daß dem Johann Räh, Sohn, hiebei ein hoher Grad böser Absicht zur Last fällt;
- 5) Daß schärfend auf die Strafe einwirkt die Größe des gestifteten Schadens und sein übler Leumund, während keine Milderungsgründe vorliegen.

Gestützt auf diese Motive hat die Polizeikammer

erkennt:

Johannes Räh, Sohn, ist des Betruges zum Nachtheil des Herrn Kohler schuldig erklärt und in Anwendung des Art. 2 des Gesetzes vom 27. Juni 1803 korrektionell verurtheilt:

- a. Zu einer zwölfmonatlichen Einsperrung, wovon zwei Monate der ausgestandenen Haft abzurechnen sind.
- b. Solidarisch mit seinem Vater Hans Räh zum Schadensersatz gegenüber der Civilpartei und zu den Kosten gegenüber dem Staat.
- c. Allfällige Regreßrechte gegen wen es betreffen mag, werden dem Herrn Friedrich Kohler, gewesener Salzhandlungsverwalter in Bern, vorbehalten.

Accident ayant occasionné la mort de la victime.

Ensuite de deux rapports adressés à la préfecture de Courtelary, l'un par l'adjoint au maire de la commune de Tramelan-dessus, l'autre par le gendarme de la localité, annonçant que sous la date du dimanche, 7 août 1853, vers 9 heures du matin, un homicide avait été commis

par imprudence sur un jeune garçon nommé Vuilleumier, âgé de 10 ans, fils de Julien Vuilleumier, buraliste au dit Tramelan, par le fait de Paul Mathez, fils de Lucien, charpentier, âgé de 12 ans et 8¹/₂ mois, — le Vice-Préfet se transporta, le 9 du dit mois, sur les lieux pour recueillir les renseignements nécessaires et informer touchant ce malheureux évènement.

La victime — qui venait d'être inhumée — avait essuyé au côté gauche de la tête, derrière l'oreille, à la distance d'environ 8 pieds, la décharge d'un fusil chargé à dragées, dans une chambre prenant jour sur midi de l'habitation d'Ami-Louis Chatelain aux Martinets.

Le dit Chatelain a expliqué que l'arme à feu en question «qu'il ignorait,» dit-il, «être chargée,» se trouvait déposée derrière une layette, dans le cabinet à côté de la chambre, hors de vue, où le jeune Paul Mathez alla s'en emparer; — un instant après le coup partit...!

Tobie Chatelain, de son côté, a dit que la veille, samedi au soir, Arnold Vuilleumier et Paul Mathez étaient déjà venus chez eux et s'étaient amusés à tirer avec ce même fusil une fois seulement; qu'ils l'avaient eux mêmes chargé, qu'auparavant il ne l'était pas; que du moins ni lui ni son père ne l'avaient chargé, ce que ce dernier, pour ce qui le concerne, a confirmé.

Par lettre datée du 10 août 1853, adressée au Vice-Préfet du district de Courtelary, Ami-Louis Chatelain exposa que, par crainte, son fils Tobie avait fait une déposition contraire à la vérité, à l'égard de la manière dont avait été chargé le fusil avec lequel le malheur a été causé. — Le tourment, que lui a causé sa déposition du 9 août, et les exhortations sérieuses de ses parents l'ont engagé à déclarer: «que le dit fusil fut chargé par lui (Tobie Chatelain), par le jeune Mathez et par Arnold Vuilleumier, qui a été tué le samedi, veille du jour où le malheur est arrivé.»

Paul Mathez a dit que le dimanche, 7 août, au matin, Tobie Chatelain lui remit un morceau de linge blanc, qu'il alla coller à un arbre près de la maison, pour servir de but, contre lequel Chatelain tira un coup; — mais sans qu'il l'ait vu le recharger; que plus tard, il retourna chez Tobie Chatelain, sur l'invitation de celui-ci, étant alors accompagné d'Arnold Vuilleumier; qu'en entrant ils trouvèrent le père Chatelain appuyé sur la table, et sa femme occupée à habiller ses jeunes enfants. Tobie Chatelain n'était alors pas présent. Arnold Vuilleumier entra au cabinet, s'empara du fusil, le tint un moment dans les mains, puis le reposa où il était et se mit à compter des capsules qu'il venait d'acheter, en commun avec Paul Mathez, tandis que ce dernier alla prendre à son tour le fusil, en présence du père Chatelain, l'amorça, et comme il armait le chien dans l'unique intention de faire éclater une capsule, le coup partit et alla malheureusement atteindre Arnold Vuilleumier, qui tomba mort.

La jeune fille d'Ami-Louis Chatelain, nommée Appoline, entendue dans l'instruction, a déclaré avoir ignoré si son frère Tobie se serait amusé à tirer soit le dimanche matin ou la veille, et que la matinée du dimanche il était chez le voisin Charles Chopard.

Les prévenus Paul Mathez et Tobie Chatelain, leurs pères respectifs, ainsi que le père de la victime, comparurent à l'audience du tribunal du district de Courtelary, du 26 octobre 1853, où ils furent entendus contradictoirement.

Comme témoins comparurent en outre les nommés Frédéric-Louis, Charles-Frédéric Nicolet et Alphonse Chopard, des dépositions desquels il appert entre autres, savoir du premier, qu'il n'a point vu Tobie Chatelain le dimanche matin 7 août, qu'il a bien entendu tirer le matin même, mais ignorant qui c'était; du second, qu'il

n'a point entendu de coup de feu, ni vu Arnold Vuilleumier et autres garçons au tour de la maison Chatelain, et du dernier, qu'il n'a pas non plus entendu tirer le dimanche matin, et que Tobie Chatelain s'est promené avec lui jusque près de 8 heures aux environs de la maison.

Paul Mathez et Tobie Chatelain confirment les déclarations qu'ils ont faites dans l'instruction.

Le père Chatelain, pour sa défense, dit avoir ignoré que ces jeunes garçons se servissent du fusil en question, prétendant qu'appuyé sur la table il dormait.

De son côté, le père Mathez allègue avoir été complètement ignorant de tout ce qui s'est passé.

Aux témoins Nicolet et Chopard le tribunal imposa le serment.

Le père Julien Vuilleumier, intervenant comme partie civile, conclut à des dommages-intérêts qu'il porte à la somme de Fr. 2000, demande touchant laquelle Lucien Mathez fait observer qu'il ne croit pas pouvoir être recherché dans cette fâcheuse occurrence, étant dans tous les cas un pauvre père de famille.

M. Migy, avocat, plaidant pour les sieurs Chatelain, père et fils, conclut pour ceux-ci au débouté des conclusions de la partie civile, comme aussi à ce que Tobie Chatelain soit renvoyé de la prévention de complicité dans cette affaire.

Par son jugement du 26 octobre 1853, le tribunal du district de Courtelary, vue la minorité des jeunes Paul Mathez et Tobie Chatelain, en application de l'art. 1382 C. civil français, les renvoie l'un et l'autre de la prévention, et condamne Lucien Mathez et Ami-Louis Chatelain, pères, comme civilement responsables vis-à-vis de leurs fils mineurs prénommés, solidairement à payer, à titre de dommages-intérêts, au sieur Julien Vuilleumier, père, une

somme de Fr. 800, ainsi qu'aux frais de la procédure et de jugement.

Les sieurs Ami-Louis Chatelain et Lucien Mathez interjetèrent appel de ce jugement.

A l'audience fixée pour les débats de cette affaire devant la chambre de police de la cour d'appel et de cassation, M. Migy, occupant pour les sieurs Chatelain, père et fils, a soutenu l'appel et a conclu: 1° à ce que le fils Chatelain soit absous de toute culpabilité et punition, et que le père Ami-Louis Chatelain soit libéré de la demande en dommages-intérêts; 2° à ce que les frais soient mis à la charge du fisc, ou, éventuellement, à la charge de la partie civile, Julien Vuilleumier.

Le procureur général, prenant alors la parole, conclut à ce qu'en application des art. 1382, 1383 et 1384 C. civ. français, les sieurs Chatelain et Mathez, pères, soient condamnés solidairement, comme civilement responsables vis-à-vis de leurs fils mineurs prénommés, à payer, à titre de dommages-intérêts, au sieur Julien Vuilleumier, père, une somme de Fr. 800, de laquelle Fr. 500 seront à payer par Ami-Louis Chatelain, et Fr. 300 par Lucien Mathez; — et enfin, aux frais.

La chambre de police a ensuite statué comme suit:

Considérant :

- 1) «Que la mort du fils Vuilleumier, sous les circonstances qu'elle a eu lieu, doit être envisagée comme occasionnée par accident;»
- 2) «Que pour un événement pareil, personne ne peut être considéré comme responsable des suites civiles;»

arrête

- a. «Toute réclamation d'indemnité est rejetée, et les frais sont mis à la charge du fisc;

b. «Ami-Louis Chatelain et son fils Tobie auront à réclamer au fisc, pour leur défense en instance d'appel, la somme de Fr. 70; en outre, ni eux, ni Mathez, père et fils n'auront à réclamer aucuns dédommagements pour l'enquête instruite contre eux.»

Pour établir l'habitude de l'usure, le tribunal doit réunir tous les actes qui peuvent constituer la preuve de cette habitude, même une procédure instruite antérieurement contre le prévenu, pour délit d'usure, et suivie d'un arrêt de non culpabilité.

Le sieur Hypolite Choulet, qui s'intitulait banquier, s'est adonné depuis quelques années à ce genre de commerce, à Porrentruy. Plusieurs personnes en relation d'affaires avec lui, se plaignaient de ses opérations mais n'osaient le dénoncer, lorsque le 10 Avril 1852 M. Chevrolet, alors préfet de ce district, porta contre lui une plainte, basée sur les renseignements fournis par Germain Chavanne et son épouse, de Porrentruy.

Une enquête fut ouverte et les pièces soumises à l'appréciation d'experts, qui reconnurent que dans certains cas Choulet avait excédé le taux légal dans la perception ou la stipulation des intérêts. Transmises au gérant de la banque cantonale, il fut reconnu que, dans la circonstance, le prévenu avait prêté aux époux Chavanne au taux exorbitant du $14\frac{4}{5}$ % par an.

La procédure ayant été déférée au tribunal correctionnel du district de Porrentruy, cette autorité, par son arrêt du 30 novembre 1852, renvoya le prévenu Choulet des fins de la plainte portée contre lui, par le motif qu'elle n'avait pas reconnu l'habitude de prêts à intérêts usuraire. Appel de ce prononcé ayant été interjeté par le ministère public, la chambre de police de la cour d'appel et de cassation, adoptant les motifs des premiers juges,

confirma, par sa décision du 30 mars 1853, l'arrêt du tribunal du district de Porrentruy.

Sous la date du 15 février 1853, Joseph Maillard, marchand de bois à Courtemaiche, qui avait eu de grandes relations avec Choulet, porta une plainte à M. le préfet de Porrentruy, appuyée des pièces constatant que ce prévenu avait perçu de lui des intérêts usuraires. Une enquête fut dès-lors ouverte, puis suivie de nomination d'experts.

Des pièces présentées par Maillard à l'appui de sa plainte, il appert :

- 1) Que pour l'intérêt d'un capital de Fr. 500; «dès le 30 sept. au 31 déc. 1850, Choulet lui a réclamé Fr. 15» (le 12 %);
- 2) Que pour intérêt d'une somme de Fr. 750; «dès le 3 sept. au 21 déc. 1850, il lui a réclamé Fr. 30» (14 %);
- 3) Que pour l'intérêt d'une somme de Fr. 200; «dès le 1^{er} sept. au 21 déc. 1850, 3 mois et 21 jours, — il a réclamé Fr. 8» (16½ %);
- 4) Que pour une somme de Fr. 1500; «dès le 10 sept. au 21 déc. 1850, — 3 mois 11 jours, — il a perçu Fr. 59» (14 %);
- 5) Que pour intérêts d'une somme de Fr. 1500; «dès le 30 sept. au 21 déc. 1850, — 2 mois et 21 jours, il a perçu Fr. 45» (13 %);
- 6) Que pour intérêt d'une somme de Fr. 1500; «dès le 31 oct. au 20 déc. suivant, il a perçu Fr. 30» (14¼ %);
- 7) Que pour l'intérêt d'une somme de Fr. 1330; «dès le 15 nov. au 21 déc. 1850, — 1 mois 6 jours, — il a perçu Fr. 19. 95» (15 %).

Le rapport des experts, MM. Schmider et Fattet, constate une moyenne de 12 % d'intérêt par an.

Dans un plaidoyer au sujet d'un procès qui existait

entre le prévenu Choulet et le sieur Jules Bloch, négociant à Porrentruy, M. Berberat, avocat, défenseur du sieur Choulet, déclara en audience publique que son client avait payé à Bloch 10 % par an, sur les sommes qu'il lui avait versées.

Le sieur *Bloch*, cité comme témoin à cette audience, reconnaît qu'ensuite des négociations commerciales qu'il a eues avec Choulet, celui-ci lui a tenu compte de $1\frac{1}{2}$ % par mois d'intérêt, et de 10 % pour trois mois de commission (10 % l'an).

L'enquête, déclarée close le 9 août 1853, fut, de l'avis du ministère public d'accord avec le juge d'instruction, reconnue être de la compétence du tribunal correctionnel; en conséquence, terme fut fixé sur le 16 sept. 1853 pour les débats et le jugement de cette cause.

Un incident soulevé par le ministère public porta l'affaire devant la Cour d'appel et de cassation, et ce ne fut que le 7 mars écoulé que le tribunal de Porrentruy en fut de nouveau saisi. Une exception préjudicielle soulevée par le prévenu ajourna les débats au 14 mars suivant. A cette audience Choulet en souleva une seconde, mais le tribunal, statuant sur ces deux exceptions, en débouta le prévenu et ordonna qu'il serait immédiatement passé outre aux débats au fond.

Le sieur Choulet interrogé répond n'avoir pas perçu au préjudice de Maillard, des intérêts usuraires; que les comptes fournis à celui-ci n'étaient point définitifs, que ce n'était que des projets de comptes qu'il présentait à Maillard pour vérifier; que, d'un autre côté, les billets à l'égard desquels on lui reproche la perception d'intérêts illégaux n'ont point été payés, Maillard n'ayant fait que les remplacer par d'autres qu'il a souscrits; qu'ainsi, et lors même que des intérêts eussent été stipulés à un taux trop élevé, il n'y aurait eu de sa part que l'intention de

percevoir des intérêts usuraires, puisque lui, Choulet, ne les a pas perçus de Maillard.

En ce qui concerne ses relations avec Bloch, il déclare que dans ces négociations il n'était qu'entremetteur; que lorsque des personnes voulaient avoir des fonds chez lui, il s'adressait à Bloch, qui lui en fournissait; il avoue qu'il avait été stipulé entre lui et Bloch que les fonds que celui-ci lui avançait porteraient intérêt au 40 % l'an.

M. Riat, avocat, au nom de Louis Læderer, ancien huissier, et de Narcisse-Henri-Joseph Cuenat, agent de droit, demeurant à Porrentruy, syndics de la faillite Maillard, conclut à ce qu'il plaise au tribunal dire et déclarer qu'il est dû à la dite faillite des dommages-intérêts résultant de la perception, de la part de Choulet, d'intérêts usuraires, pour les dits dommages-intérêts, être diminués des sommes qui seront reconnues être dûes par Maillard à Choulet, ou être payés par la faillite de celui-ci à celle du sieur Maillard, sans que cette réclamation puisse préjudicier à l'instance liée entre les parties devant le tribunal civil, et, en outre, aux frais.

Il déclare ne pouvoir fixer actuellement le montant de sa réclamation, attendu qu'elle sera subordonné au taux que fixera le tribunal, des intérêts qui sont dûs à Choulet par Maillard.

Le ministère public conclut à ce qu'il plaise au tribunal prononcer la culpabilité du prévenu Choulet; le condamner, en conséquence, à une amende de mille francs, et aux frais, sauf en outre à statuer sur les conclusions de la partie civile; puis il explique les différentes opérations commerciales du prévenu avec les époux Chavanne et le sieur Joseph Maillard.

M. Favrot, avocat, défenseur du prévenu Choulet, conclut à ce que les syndics de la faillite Maillard ne soient pas reçus comme *partie civile*; subsidiairement, à ce qu'ils soient déboutés de leurs conclusions, et con-

damnés aux dépens. — Quant à l'action publique il conclut à ce qu'il plaise au tribunal renvoyer le prévenu des fins de la plainte portée contre lui ; dire et déclarer que des dommages-intérêts lui sont dûs pour avoir été l'objet de poursuites non fondées ; incidemment, à ce que les auditions des témoins entendus dans l'affaire Chavanne, de même que le dossier, ne soient pas envisagés comme moyens de preuve ni pris en considération, attendu qu'il y a eu jugement définitif ayant acquis force de chose jugée, et que conséquemment cette procédure ne peut plus servir de base à aucune condamnation.

Par son jugement du 14 mars 1854, le tribunal correctionnel du district de Porrentruy prononça la culpabilité de Hypolite Choulet, le condamna en conséquence à mille francs d'amende, et aux frais, liquidés à Fr. 121. 30 ; statuant sur la demande de la partie civile, dit, et déclara qu'il est dû par Choulet à la faillite Maillard des dommages-intérêts, résultant de la perception d'intérêts usuaires, et condamna enfin le prévenu aux frais d'intervention civile.

M. Favrot, au nom de son client, déclara, immédiatement après le prononcé qui précède, en interjeter appel.

Le 7 juin 1854, l'affaire a paru devant la Cour d'appel et de cassation — chambre de police — où M. Carlin a plaidé pour la partie civile, et M. Vogt, pour le prévenu.

L'arrêt de la chambre, rendu sur les conclusions conformes de M. Herrmann, procureur général, contient ce qui suit :

Considérant :

I. Quant au prévenu,

1. « Qu'il résulte des actes de la procédure, dont une grande partie émane du prévenu Choulet, de même que des dépositions des témoins, que le prévenu a

«perçu des intérêts usuraires; que, d'un autre côté,
«de fait avancé par Bloch et reconnu par Choulet le
«prouve jusqu'à la dernière évidence, car si Choulet
«payait le 10 % d'intérêt il ne pouvait certainement
«pas prêter au taux légal, et il est constant qu'outre
«le 10 % il percevait encore le 4, le 5 % et même
«plus;

2. «Que l'habitude de percevoir des intérêts illégaux,
«de la part de Choulet, est parfaitement établie;
«qu'elle résulte d'une foule d'opérations distinctes
«qui ont eu lieu entre Choulet et Chavanne, ainsi
«que d'un grand nombre d'opérations analogues entre
«Choulet et Maillard;

3. «Que pour justifier l'habitude d'une action quelconque,
«il suffit de prouver, d'établir que telle ou telle per-
«sonne se livre à tel acte, dès que l'occasion s'en
«présente; qu'au cas particulier, il est absolument
«nécessaire de réunir tous les actes qui peuvent
«constituer la preuve de cette habitude, et que c'est
«au vu de leur ensemble et de leur multiplicité qu'elle
«peut être constatée;

4. «Qu'il ne peut exister aucun doute que le dossier de
«la procédure instruite contre le prévenu, au sujet de
«ses relations avec les époux Chavanne, doit revivre
«en entier dans la procédure actuelle;

5. «Que, s'il en était autrement, un usurier pourrait être
«maintes fois poursuivi pour perception d'intérêts
«exagérés, séparément, au préjudice d'un aussi grand
«nombre de personnes, sans crainte d'être atteint
«par la justice;

6. «Que l'allégué du prévenu, consistant à dire qu'il n'a
«pas réellement perçu de Maillard des intérêts au
«sujet desquels on l'accuse d'usurier, est dénué de
«toute espèce de fondement; car si Maillard n'ac-
«quittait pas ses effets au moyen d'espèces qu'il

«versait, il les payait au moyen de nouveaux billets
«qu'il souscrivait, — ce qui constitue une novation
«qui est un des modes de paiement reconnu par le
«code Napoléon ;

7. Qu'ainsi, la culpabilité du prévenu est évidente ;

II. En ce qui concerne la demande de la partie civile :

8. «Qu'aussitôt que Choulet est convaincu d'avoir habi-
«tuellement perçu des intérêts usuraires, il y a lieu
«d'ordonner la restitution du trop perçu ;

La Chambre de police,

Vu les art. 3 et 4 de la loi du 3 septembre 1807,

arrête :

1. «Hypolite Choulet est déclaré coupable du délit
d'usure ;
2. Il est, en conséquence, condamné correctionnellement:
 - a. «à mille francs d'amende, et
 - b. «à tous les frais ;
 - c. «Les frais d'intervention civile alloués à M. Carlin
«sont fixés à Fr. 70,»

Statuant sur la demande de la partie civile,

renvoie

«les parties au tribunal civil pour faire liquider les
«dommages-intérêts résultant de la perception d'in-
«térêts usuraires, et ce conformément aux prescrip-
«tions du code de procédure civile.»

*Les contraventions aux lois fiscales et de police de la Confédé-
ration ne peuvent être portées devant les tribunaux sans
un ordre spécial de l'autorité administrative supérieure
que cela concerne. (Art. 9 de la loi fédérale du 18 sept. 1849).*

Sous la date du 14 mars 1854, le directeur du IV. ar-
rondissement postal à Neuchâtel adressa une plainte au

préfet du district de Porrentruy contre Jules Masson, loueur de chevaux à Porrentruy, pour contravention à la loi sur la régle des postes. Le juge de police du dit district, auquel le rapport avait été directement transmis, condamna, par son jugement du 12 avril 1854, le prévenu à une amende de Fr. 20 et aux frais, jugement dont ce dernier interjeta appel.

Le 28 juin suivant, la chambre de police de la cour d'appel et de cassation sur les conclusions conformes des procureurs généraux de la Confédération et du canton de Berne, rendit l'arrêt suivant:

Considérant :

- «Que, d'après l'art. 9 de la loi du 18 sept. 1849, sur le
«mode de procéder en matière de contraventions aux
«lois fiscales et de police de la Confédération, aucune
«de ces sortes de contraventions ne peut être portée
«devant les tribunaux sans un ordre spécial de l'au-
«torité administrative supérieure que cela concerne;
- «Qu'ensuite de l'art. 16 de la même loi, ces contraven-
«tions ne doivent être jugées par les tribunaux com-
«pétents des cantons dans lesquels elles ont été
«commises, que lorsque le contrevenant ne se soumet
«pas aux dispositions de l'art. 12 de la dite loi;
- «Que ce mode de procéder n'a pas été suivi au cas
«particulier;
- «Qu'en conséquence, la procédure dont s'agit, ainsi que
«le jugement rendu contre Jules Masson, le 12 avril
«1854, par le juge de police de Porrentruy, sont
«entachés de nullité;

Par ces motifs, arrête:

1. «La procédure en question et le jugement rendu contre
«Jules Masson, le 12 avril 1854, par le juge de police
«de Porrentruy, sont mis à néant;

2. «Le fisc du canton de Berne et le fisc fédéral sont «condamnés, chacun pour moitié, à supporter les «frais de la procédure;

3. «Le sieur Masson n'a à élever aucune réclamation à «cet égard.»

a. Dans les cas de contraventions aux lois fiscales de la Confédération, les dispositions de la loi fédérale sur le mode de procéder en cette matière, du 18 sept. 1849, relatives à la prescription, font règle.

b. D'après cette loi, il suffit que le juge compétent ait été saisi du rapport, dans le délai de prescription, à dater du jour où il a été dressé.

Le 20 juin 1851, les gendarmes Keller et Lenz, au poste de Damvant, dressèrent rapport contre Jean-Pierre Babey, marchand-épiciier, demeurant à Perchot, pour avoir fourni, dans sa maison, l'emplacement du dépôt, et permis l'exportation en fraude des droits, d'une certaine quantité de chiffons renfermés dans 25 sacs de différentes grandeurs. Plus tard, Babey indiqua, comme propriétaire et dépositaire de ce dépôt, le sieur Louis Beuclaire, de Damvant. Le 25 du dit mois de juin, le département du commerce et des péages fédéraux prononça contre le délinquant une amende de 15 fois la valeur des droits de péages, lesquels s'élevaient à Fr. 15, par conséquent Fr. 225.

Sur le refus de payer cette amende, le susdit département chargea, sous la date du 27 sept. 1851, la Direction des péages de Bâle de porter une plainte judiciaire contre Babey. Le 29 suivant, la cause fut remise à M. Désiré Kohler, avocat à Porrentruy, qui, par sa lettre du 9 octobre, transmet la plainte en question au préfet Chevrolet, qui, de son côté, l'envoya le lendemain au juge de police pour statuer.

Après différentes exceptions déjà soulevées de part et d'autre et vidées en instance d'appel, la question de prescription fut encore agitée à l'audience du juge de police de Porrentruy, du 3 février 1854, à laquelle M. Riat a conclu à ce qu'il plaise au juge dire et reconnaître qu'il y a lieu d'invoquer la prescription en faveur des prévenus; quoi faisant, déclarer l'action publique prescrite, et qu'en conséquence, les sieurs Babey et Beuclaire ne peuvent et ne pourront plus être recherchés à raison du délit qui leur est reproché, date du 20 juin 1851, et condamner l'administration des péages à tous frais et dépens.

Le juge a tranché affirmativement la question en déclarant prescrite la contravention dénoncée par le rapport du 20 juin 1851.

Le ministère public cantonal, tant en son nom qu'en celui du procureur général de la Confédération, celui-ci comme représentant l'administration des péages fédéraux, s'est alors pourvu en appel contre ce jugement.

Le 22 juillet 1854, terme fixé pour les débats devant l'instance supérieure, M. Matthys, pour le ministère public fédéral, et le procureur général du canton ont soutenu l'appel, et la chambre de police de la cour d'appel et de cassation a statué en ces termes:

Considérant :

«Qu'au cas particulier, il s'agit purement et simplement d'une contravention aux lois fédérales sur les péages;

«Que la cause doit être jugée d'après les lois fédérales réglant cette matière, et particulièrement la loi sur le mode de procéder en fait de contraventions aux lois fiscales des 30 juin et 18 sept. 1849;

«Que dès-lors, les prescriptions de cette dernière loi (art. 20) font règle quant à la question si, au cas particulier, il y avait prescription acquise ou non, et

«celà d'autant plus que la contravention dont s'agit a eu
«lieu (le 20 juin 1851), le code de procédure pénale
«bernois n'était pas encore en vigueur;

«Que d'après l'art. 20 litt. b de la loi précitée, le
«mode de procéder touchant les contraventions aux lois
«fiscales a fixé le délai de prescription à quatre mois, à
«dater du jour où le rapport a été dressé, au cas où la
«plainte n'est pas, durant ce délai, portée devant le
«tribunal compétent;

«Qu'en effet, la plainte contre Jean-Pierre Babey a
«été portée pendant ce délai;

«Que bien que le jugement rendu contre Babey n'ait
«été porté que le 1^{er} mai 1852, et qu'il ait été cassé par
«voie de révision en vertu de l'arrêt de la Cour d'appel
«et de cassation du 29 novembre 1852, néanmoins les
«prévenus Babey et Beuclaire ne peuvent se prévaloir de
«la prescription, puisqu'à teneur de l'art. 20 litt. b pré-
«cité, il n'est point de rigueur qu'un jugement soit pro-
«noncé pendant ce terme péremtoire, il suffit que la plainte
«soit portée pendant ce délai auprès du tribunal com-
«pétent;

Par ces motifs, arrête :

1. «Jean Pierre Babey et Louis Beuclaire ne sont pas en
«droit de se prévaloir de la prescription;
2. «Les frais sont joints au fond.»

